

Sebastian Voigt

Eine „Schandgasse“ im Arbeitskampf

Der Chemiestreik 1971 bei Merck in Darmstadt – eine Fallstudie zu den industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik am Ende des „Wirtschaftswunders“

Am 4. Juli 1971 versammelten sich Vertrauensleute der Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik (IG Chemie) in einer Turnhalle in Bessungen, einem Stadtteil von Darmstadt. Einen Tag zuvor hatten die Gewerkschaft und der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie in Bonn ein Abkommen ausgehandelt, um den bislang einzigen Flächenstreik in der westdeutschen Chemieindustrie beizulegen. Die Tarifpartner hatten sich auf eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7,8 Prozent, eine Einmalzahlung sowie die stufenweise Einführung des 13. Monatseinkommens verständigt. Ferner verzichteten die Arbeitgeber darauf, Schadenersatzansprüche gegen die Gewerkschaft zu erheben oder Arbeitnehmer zu maßregeln, die sich am Streik beteiligt hatten.

Das Abkommen traf keineswegs bei allen Mitgliedern auf Zustimmung. Gerade bei Merck in Darmstadt waren die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zusammen mit dem Leiter der örtlichen Verwaltungsstelle, Heinz-Günter (HG) Lang, besonders kritisch und hatten eine konfrontative Strategie befürwortet. Entsprechend erbittert war der Arbeitskampf dort geführt worden. Als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Chemie sollte Hermann Rappe das ausgehandelte Ergebnis erläutern. Die Atmosphäre war angespannt, die Stimmung aggressiv. Buh-Rufe und Beleidigungen unterbrachen seine Ausführungen immer wieder, bis er schließlich gar nicht mehr weiterreden wollte. Rappe befand sich während des gesamten Treffens in der Defensive. Derart heftige Anfeindungen unter Kollegen waren ungewöhnlich. Die Sitzung moderierte HG Lang. 1935 in Wiesbaden geboren, war er bereits als Jugendlicher in die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eingetreten. Nach einer Lehre als Großhandelskaufmann begann er 1955 bei der IG Chemie zu arbeiten, zunächst als Jugendsachbearbeiter, dann als Organisationssekretär in Darmstadt. Nach mehreren Zwischenstationen kehrte er Mitte der 1960er Jahre wieder dorthin zurück.

Von Beginn an baute Lang gezielt die Bildungsarbeit aus und organisierte unzählige Seminare im Gewerkschaftshaus. Das langjährige SPD-Mitglied engagierte sich in den 1950er Jahren in der „Kampagne gegen den Atomtod“ und kämpfte im folgenden Jahrzehnt gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. 1969 kandidierte er für einen Sitz im Bundestag gegen seinen Parteifreund und Abgeordneten des Wahlkreises Groß-Gerau Hermann Schmitt-Vockenhausen, einen Befürworter der Notstandsgesetze.

Darüber hinaus war Lang 1969 Mitbegründer des Sozialistischen Büros in Offenbach. Diese Organisation der Neuen Linken führte undogmatische Linksozialisten unterschiedlicher Couleur unter einem Dach zusammen. Lang verkörperte die Verbindung zwischen der gewerkschaftlichen Arbeit und den außerparlamentarischen Aktionen, zwischen Betrieb und Universität. Ohne seine Person und seine Bemühungen wäre der Konflikt bei Merck sicherlich anders verlaufen.

Als größter Arbeitgeber Darmstadts war das Unternehmen für die IG Chemie von zentraler Bedeutung. Insgesamt war die örtliche Verwaltungsstelle zuständig für etwa 15.000 Gewerkschaftsmitglieder in knapp 100 Betrieben und beschäftigte sechs Personen, darunter zwei Sekretäre und einen Geschäftsführer – seit 1964 HG Lang.

Anfang Juni 1971 scheiterten die Schlichtungsverhandlungen in der Chemieindustrie endgültig. Damit galt die Friedenspflicht nicht mehr. Der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft verkündete daraufhin den aktiven tariflosen Zustand. Nachdem zunächst die Arbeiter in der Kölner Firma Clouth Gummiwerke die Arbeit niedergelegt hatten, schlossen sich in den kommenden Tagen Beschäftigte weiterer Unternehmen an. Die IG Chemie weitete die Aktionen im Bezirk Nordrhein sukzessive aus. Trotz aller Bemühungen gelang es nicht, die Belegschaft von Bayer in Leverkusen ausreichend miteinzubeziehen.

Schließlich verkündete die IG Chemie auch für Hessen den aktiven tariflosen Zustand. Am 16. Juni legten viele Merck-Beschäftigte ihre Arbeit nieder und wählten eine 15-köpfige Streikleitung. Die Situation spitzte sich weiter zu. Nachdem HG Lang am 21. Juni 1971 zum Arbeitskampf aufgerufen hatte, verschlossen Streikposten am nächsten Morgen zur Frühschicht die Werkstore. Bald beteiligten sich rund 5.000 Beschäftigte, also mehr als die Hälfte der Belegschaft. Die Streikenden legten die Produktion nahezu vollständig lahm.

Die Firmenleitung beantragte eine einstweilige Verfügung gegen die IG Chemie. Sie forderte eine drei Meter breite Gasse zum Werkgelände. Letztlich legte ein Vergleich fest: „In der Zeit von 6.45 Uhr bis 7.45 Uhr können alle Werkangehörigen das Haupttor und das Südtor über einen durch weiße Linien gekennzeichneten Durchgang betreten.“ Dieser Durchgang war zweieinhalb Meter breit und ist als „Schandgasse“ in die Geschichte von Merck eingegangen. Der bundesweite Arbeitskampf entwickelte sich in den einzelnen Tarifbezirken sehr unterschiedlich, jedoch perspektivisch nicht zugunsten der Gewerkschaft. Als schwerwiegend erwies sich, dass es der IG Chemie nicht gelungen war, die Beschäftigten der Großunternehmen wie Bayer, Höchst und BASF zu aktivieren.

Letztlich einigten sich die Tarifpartner am 3. Juli auf einen bundesweit gültigen Abschluss. Trotz des mageren Resultats präsentierte die Gewerkschaftsführung die Einigung als Erfolg.

Nach dem härtesten und längsten Arbeitskampf in der chemischen Industrie musste sie ein annehmbares Ergebnis vorweisen, um ihr Gesicht nicht zu verlieren. Weil der Hauptvorstand Kritik erwartete, suchte er das Gespräch mit den Streikenden – wie Rappe am 4. Juli in Darmstadt.

Das umfangreiche Protokoll dieser turbulenten Veranstaltung, das nach einer Tonbandaufzeichnung angefertigt wurde, konnte im Juliheft 2020 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte nicht in toto abgedruckt werden. Daher stellen wir hier die – nicht immer leicht lesbare – Originalquelle und eine vollständige Abschrift zur Verfügung. Das Dokument stammt aus dem Nachlass von Heinz-Günter Lang, der derzeit vom Verfasser dieser Zeilen verwahrt wird, aber baldmöglichst in den Besitz des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte übergehen soll.